

Herr Vorsitzender, liebe Ratsleute,

gerne versuche ich heute nochmal, sie alle von unserem gemeinsamen Antrag zur Anpassung des Anwohnerparkens zu überzeugen.

Mit einem Anwohnerparkausweis ist es leichter einen Parkplatz zu finden. Er ist daher ein durchaus wichtiges Instrument für Menschen, die in Stadtteilen mit hohem Parkdruck leben und ein Auto benötigen oder fahren möchten.

Die Autos werden jedoch immer größer, das Flächenangebot dagegen nimmt nicht zu, im Gegenteil, der Flächendruck auf den vorhandenen Raum steigt stetig an.

Die Gebühren für das Anwohnerparken wurden jedoch seit Einführung in den 1990er Jahren nicht angepasst.

Der aktuelle Preis für einen Anwohner-Parkausweis von gut 30 € pro Jahr, das sind weniger als 10 Cent am Tag, ist daher, verglichen mit allen anderen Kosten aus dem Cluster Mobilität, ein Stück weit aus der Zeit gefallen.

Denn das Mieten einer Garage oder eines Stellplatzes in einem Parkhaus kosten ein Vielfaches, und auch die Preise für den ÖPNV sind stetig gestiegen und bewegen sich auf einem hohen Niveau.

Die Gebühren fürs Anwohnerparken entsprechen also in keiner Weise den tatsächlichen Kosten für die damit in Anspruch genommene Parkfläche, und sie spiegeln auch in keiner Weise den Nutzen wider, den Menschen durch diese Parkmöglichkeit haben.

Innerhalb der Okerumflut sind seit einiger Zeit alle Parkplätze bewirtschaftet. Die Anwohnerparkplätze jedoch sind weiterhin für kleines Geld zu haben. denn die Gebühr deckt gerade mal die Bearbeitungskosten ab, aber eben nicht den tatsächlichen Wert der bereitgestellten Fläche.

Seit 2020 ist es den Kommunen nun freigestellt, die Gebühren für das Anwohnerparken nach eigenem Ermessen und vor allem angemessen zu gestalten.

Viele Kommunen in Niedersachsen haben das bereits umgesetzt, das sind zum Beispiel die Städte Wolfsburg, Osnabrück, Göttingen und Hameln. Hier in Braunschweig jedoch lässt eine solche Anpassung noch immer, seit nunmehr fünf Jahren, auf sich warten.

Braunschweig lässt sich Zeit, und das bei prekärer Finanzlage.

Wenn ein Parkplatz nach aktuellen Berechnungen aus Berlin mehr als 200 € an Kosten pro Jahr verursacht -aus Steuergeldern-, dann ist die Nutzung dieser Fläche für nur 30 € nicht nur nicht angemessen - nein, sie ist außerdem auch grob ungerecht zb. gegenüber den Menschen, die gar kein Auto besitzen.

Es ist daher vor allem auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, hier eine Anpassung vorzunehmen:

Denn schauen wir auf den ÖPNV, da müssen die Nutzerinnen und Nutzer, die ständig nach oben angepassten Preise bezahlen, und das sind oft Menschen, die sich eben kein eigenes Fahrzeug leisten oder auch nicht leisten können. Im Übrigen sind das auch junge Menschen, und in dem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass sich auch das Jugendparlament im Fachausschuss deutlich für diesen Antrag ausgesprochen hat.

Unser Antrag ist nicht zuletzt auch ein niedrigschwellig umzusetzender Beitrag zum Klimaschutz. Ein umfassendes Parkraummanagement ist von der Verwaltung erst für das Jahr 2027 angekündigt. So ein Management ist sinnvoll, kommt aber viel zu spät. Das Ziel einer klimaneutralen Stadt möglichst schon 2030, und das ist in weniger als vier Jahren, möchte die Verwaltung jedoch weiterhin hochhalten!

Doch wo soll das denn herkommen, wenn die einzelnen Bausteine immer wieder nach hinten verschoben werden?

Ambitionierter Klimaschutz sieht anders aus.

Unser fraktionsübergreifender Antrag heute bedeutet, die Regelung für das Anwohnerparken auf ein angemessenes Niveau anzuheben.

Der Preis soll sich künftig zusammensetzen aus einem Grundbetrag und einem variablen Betrag in Abhängigkeit von der Fahrzeuggröße.

Wir sind überzeugt, dass die Ausgestaltung der Finanzierung auch eine Lenkungsfunktion entwickelt, nämlich dass man sich z.B. für ein kleineres Fahrzeug entscheidet, das dann nach dem von uns heute vorgestellten Modell auch einen günstigeren Parkausweis erhält.

Genau diese Einbeziehung der Fahrzeuggröße schafft eine ganz wichtige Berücksichtigung der sozialen Komponente, und auch eine Möglichkeit, die eigenen Kosten zu steuern und zu minimieren.

Der Antrag ist gestellt, und ich bitte Sie und euch, liebe Ratsleute, um Ihre und eure Zustimmung für Klimaschutz und für mehr soziale Gerechtigkeit.